

Nadine Masshardt (SP) vs. Andrea Caroni (FDP)

# Verwässert die SP die Ausschaffungs-Initiative?

Die Session ist im Gange, sowohl die Durchsetzungs- als auch die Ausschaffungs-Initiative werden behandelt. Nationalrätin Nadine Masshardt (SP) und ihr Kollege Andrea Caroni (FDP) sind sich nicht einig.

  **Von: Andrea Caroni**  
**An: Nadine Masshardt**

Liebe Nadine

Am 20. März behandeln wir im Nationalrat ja die «Durchsetzungs-Initiative». Ich nehme an, Du wirst wie ich dagegen stimmen.

Bist Du aber auch bereit, die ursprüngliche «Ausschaffungs-Initiative» entsprechend dem Willen des Souveräns umzusetzen, oder hast Du vor, diese Verfassungsbestimmung in der Umsetzung zu verwässern?

Liebe Grüsse  
Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**  
**An: Andrea Caroni**

Lieber Andrea

Die «Durchsetzungsinitiative» lehnen wir beide ab. Logisch wäre auch bei der Umsetzung der «Ausschaffungsinitiative» Vernunft walten zu lassen. Jeder Mensch hat Anspruch auf seine Grundrechte. Ich bin deshalb – wie der Bundesrat – gegen Ausschaffungen wegen Bagatelldelikten. Ein Mord und ein einmaliger Diebstahl dürfen nicht genau gleich behandelt werden.

Du als Jurist kannst doch Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismässigkeit nicht einfach ignorieren?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
**An: Nadine Masshardt**

Liebe Nadine

Die FDP hat alles versucht, um die Verhältnismässigkeit zu wahren und der Initiative daher einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser hätte Bagatellen ausgenommen und wäre verhältnismässig gewesen. Leider hat die SP diesen dann nicht bis zum Ende mitgetragen. Das Stimmvolk hat ihn leider auch abgelehnt.

Ich verstehe also Deine inhaltlichen Bedenken. Aber als Jurist und Volksvertreter (und guter Verlierer) halte ich mich an die neue Verfassungsbestimmung. Wie kannst Du es als (Sozial-)Demokratin vertreten, entgegen dem klaren Volksentscheid die Bagatellklausel doch einzuführen?

Liebe Grüsse  
Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**  
**An: Andrea Caroni**

Lieber Andrea

Du machst es Dir etwas einfach: Die Verfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) garantieren die Grundrechte aller Personen, die in der Schweiz leben. Jede Einschränkung dieser Grundrechte muss verhältnismässig sein.

Wir nehmen unsere Verantwortung als Parlament nicht wahr, wenn wir Gesetze verabschieden, die wegen Verletzung der EMRK vom Bundesgericht und Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gar nicht angewendet werden. Wenn man sich einfach über die EMRK hinwegsetzen wollte, müsste man so konsequent sein und sie kündigen. Willst Du das?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
**An: Nadine Masshardt**

Liebe Nadine

Natürlich bewahren wir die EMRK. Und wenn auch die SP den verhältnismässigen Gegenvorschlag unterstützt hätte, hätten wir jetzt vielleicht nicht den Salat, bzw. den Konflikt der EMRK mit der Verfassung. Solche Konflikte sind ein allgemeines Problem. Daher habe mit der FDP Vorschläge unterbreitet, wie man dies etwas mildern könnte.

Eines geht aber nicht: Initiativen einfach nicht umzusetzen. Das ist nicht nur undemokratisch, sondern stachelt geradezu zu noch radikaleren Initiativen an. Setzen wir sie also – contre coeur – um. Wenn wir dann in Strassburg verurteilt werden, öffnet das vielleicht dem einen oder andern die Augen; Demokratie ist auch ein Lernprozess.

Liebe Grüsse  
Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**  
**An: Andrea Caroni**

Lieber Andrea

Den Gegenvorschlag zur «Ausschaffungsinitiative» unterstützten sowohl meine SP-Kantonalpartei als auch ich. Und: Es geht jetzt nicht darum, ob die Initiative umgesetzt wird, sondern wie. Das Parlament kann dabei Menschenrechte nicht einfach ignorieren.

Ich hoffe, dass ihr euch auch bei anderen, weit weniger konfliktreichen Initiativen für die wortgetreue Umsetzung engagiert. Den Volksentscheid zur Alpeninitiative zum Beispiel ignoriert die FDP seit Jahren. Oder aktuell die Zweitwohnungsinitiative: Hier kannst Du mit Deiner Partei beweisen, wie ernst ihr es meint mit dem Votum des Volkes.

Beste Grüsse  
Nadine